

Irina van Ooyen

Bürger – Polizei – Kultur



Verlag für Polizeiwissenschaft

JBÖS - Sonderband 21

Vorwort

„Von der Staats- zur Bürgerpolizei?“ titelte vor einigen Jahren ein Band „zur Kultur der Polizei im Wandel“¹ in der Schriftenreihe empirischer Polizeiforschung. Vorliegend wird dieser Zusammenhang von Bürgerpolizei und Polizeikultur an fünf Beispielen erörtert, die diesen Wandel jedoch eher in Frage stellen:

Leitbilder und Polizeikultur

Das Leitbild der Polizei hat sich vom Obrigkeitsstaat zum modernen Dienstleister „Sicherheit und Ordnung“ verändert. Innerhalb der Polizei gibt es jedoch zwei Kulturen, zwischen denen eine große Kluft besteht: die offizielle Polizeikultur der Führungsebene und die „Cop Culture“ (Rafael Behr) der Basis. Stellvertretend an der Polizei von Rheinland-Pfalz und Hessen wird gezeigt, dass die Leitbilder hier wie von „außen“ aufdoktriniert erscheinen.

Community Policing und die Theorie des Kommunitarismus

CP steht für Präventionskonzepte, die den Bürger lokal einbeziehen. In den 80er Jahren in US-Großstädten aufgrund gescheiterter Polizeiarbeit entstanden korrespondiert CP mit der gemeinschaftsbezogenen politischen Theorie des Kommunitarismus. Anhand ausgewählter Formen in Deutschland wird gezeigt, dass jedoch keine demokratischen „Bürger-Sicherheitsgemeinschaften“, sondern eher Instrumentalisierungen durch die Polizei oder preiswerte Hilfspolizeien entstanden sind. „Community“ scheitert auch daran, dass Polizei nicht kommunal unabhängig, sondern zentralisiert Ländersache ist.

Fußgängerverhalten an roten Ampeln

Für die Kultur einer „Bürgerpolizei“ bedarf es auch einer „Bürgerkultur“ der Bürger selbst. Hier entstehen Zweifel schon bei einem harmlosen aber sehr „deutschen“ Verhalten, das in demokratischen Nachbarländern mit Erstaunen belächelt wird: „immer“ an roten Ampeln

¹ Dübbers, Carsten: Von der Staats- zur Bürgerpolizei? Empirische Studien zur Kultur der Polizei im Wandel, Frankfurt a.M. 2015.

stehen zu bleiben (auch nachts). Unter der Annahme, dass Regelkonformität und das Vertrauen gegenüber staatlichen Institutionen in Deutschland sehr hoch sind, kann dieses Verhalten in einer kleinen empirischen Studie bestätigt werden.

Kopftücher im Polizeidienst

Ausgehend von der „Kopftuch-Entscheidung“ des Bundesverfassungsgerichts wird mit Hilfe der Pluralismustheorie gezeigt, dass das Tragen religiöser Symbole im öffentlichen Dienst in einer liberalen Zuwanderungsgesellschaft eigentlich keiner großen Aufregung wert ist. Wie ein kurzer vergleichender Blick beweist, ist dies auch auf Polizei und Justiz übertragbar – und zwar selbst bei Uniform- bzw. Amtsrobenpflicht. In der „Kultur“ des deutschen Berufsbeamtentums ist man hiervon jedoch nach wie vor meilenweit entfernt.

NSU-Skandal und „Kulturrevolution“

Der NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags hat erhebliche Fehler und Schwächen der Sicherheitsbehörden festgestellt. Es wurden – in seltener fraktionsübergreifender Übereinstimmung der politischen Parteien – zahlreiche Empfehlungen für Polizei und Verfassungsschutz formuliert. Sie zielen auf eine neue Polizeikultur: „pluralistisch“ und „weltoffen“, „kreativ“ und „wissenschaftlich“ versiert, „kritik- und diskursorientiert“, vernetzt mit Forschung und Zivilgesellschaft. Es zeigt sich, dass der parlamentarische Raum sich damit den Forderungen der neueren Polizeiforschung angeschlossen hat, deren Befunde allerdings eher ernüchternd ausfallen.

IvO, Oktober 2017